



Philosophische Fakultät III

Institut für Sozialwissenschaften

Soziologie der
Arbeits- und Geschlechterverhältnisse

Einkommensstruktur und - entwicklung der Bevölkerung in der Region Berlin und Brandenburg

Zusammenfassung der Ergebnisse und Fazit
(Kurzfassung)

Berlin Sommer 2005
Projekt gefördert durch die Hans Böckler Stiftung



Projektleiterin : Prof. Dr. sc. Karin Lohr
gefördert durch : Hans-Böckler-Stiftung, Projektnummer: 2003-509-4
Laufzeit : Sept.2003 – Mai 2005

Abschlussbericht und Kurzfassung Sommer 2005
Erarbeitet von Dipl. Soz. Brigitte Engler

Kontakt

Prof. Dr. sc. Karin Lohr
Dipl. Soz. Brigitte Engler
Humboldt-Universität zu Berlin
Institut für Sozialwissenschaften
Lehrbereich Soziologie der Arbeit und der Geschlechterbeziehungen

Unter den Linden 6
10099 Berlin

Tel.: 030 2093 4358
030 44 54 627 (Engler)
karin.lohr@rz.hu-berlin.de
brigitte.engler@sowi.hu-berlin.de

Dr. Erika Mezger
Hans-Böckler-Stiftung
Forschungsförderung 4

Hans Böckler Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel: 0211 7778 108/09

Die Einkommensstruktur und -entwicklung der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg

Kurzfassung der Ergebnisse des Projektes und Schlussfolgerungen:

Analysezeitraum: 1991-2002

Analysegegenstand: Haushaltsnettoeinkommen, individuelles Nettoeinkommen der Bevölkerung sowie der Erwerbseinkommen, differenziert nach

- Geschlecht,
- den alten und neuen Bundesländern,
- der Alterstruktur und
- oberen und unteren Einkommensgruppen

Region: Bezirke in Berlin und Landkreise in Brandenburg
Vergleich zu Deutschland gesamt und den alten und neuen Bundesländern

Datenbasis: Mikrozensus

Anhang

Inhaltsverzeichnis des vollständigen Forschungsberichtes

Vorbemerkung

Im Folgenden werden die zentralen Ergebnisse der Analyse der Einkommen der Bevölkerung in Berlin und Brandenburg im Zeitraum 1991 bis 2002, z.T. bis 2004 dargestellt. Dabei wurden sowohl die *Haushaltsnettoeinkommen*, die regelmäßigen monatlichen *individuellen Nettoeinkommen* der *Bevölkerung*, darunter der *Erwerbstätigen* analysiert. Als empirische Datenbasis wurden die Mikrozensusdaten verwendet, wie sie jährlich von allen statistischen Landesämtern sowie vom statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelt werden. Da die Mikrozensusdaten nach einheitlichen Gesichtspunkten erfasst werden, waren Quervergleiche zum Thema nach alten und neuen Bundesländern, Frauen, Männern in Ost und West sowie die Einordnung der Einkommensverhältnisse in Berlin und Brandenburg in die Rangreihe aller Bundesländer möglich. Die Detailergebnisse liefern zum Teil recht aufschlussreiche Ergebnisse zu den Themen Verteilungsgerechtigkeit unter den Aspekten Gender, regionale Differenzen (darunter Ost-West, Stadt, Land, Umland) sowie Einkommensentwicklungen zwischen Erwerbstätigen und Sozialtransferbeziehern. Die Studie hat gezeigt, dass der Mikrozensus entgegen allen Kritiken gut geeignet ist, um Trends und Entwicklungstendenzen und vorhandene Unterschiede herauszuarbeiten.

Neben Strukturanalysen konnten zum Teil die Einkommen aus 10 Jahren als Zeitreihen analysiert werden. Auf Grund seiner relativ soliden Datenbasis insbesondere auch im unteren Einkommensbereich ist der Mikrozensus in vieler Hinsicht den Daten des Sozialökonomischen Panels (SOEP) und der Einkommens- und Verbraucherstichprobe (EVS) sogar an Aussagekraft überlegen.

Im Forschungsbericht sind insbesondere folgende Schwerpunkte bearbeitet worden:

- Nettoeinkommen im Geschlechtervergleich
- untere und obere Einkommensgruppen in Ländern und nach dem Geschlecht
- Einordnung der Einkommensentwicklung nach Ost und West, nach Bundesländer
- regionale Details in den Stadtbezirken Berlins und den Landkreisen Brandenburgs.
- individuelle Nettoeinkommen von Bevölkerung mit Transfereinkommen im Vergleich zu Einkommen der Erwerbstätigen (wurden teilweise bearbeitet).

In dieser nachfolgenden **Kurzfassung** wurden in einem ersten Teil die **wichtigsten empirischen Ergebnisse** der Analyse insbesondere die Ergebnisse für übergreifende Vergleiche knapp zusammengefasst und mit Tabellen und Grafiken illustriert, um für den Nutzer einen schnellen Überblick zu ermöglichen und auf wesentliche Entwicklungstendenzen und Problemlagen zu verweisen. Detaillierte Ergebnisse sowie Ergebnisse auf der Ebene von Stadtbezirken Berlins und Brandenburger Landkreisen finden sich dann im Gesamtbericht in vertiefenden Kapiteln. Im zweiten Teil wird ein **Fazit** der Ergebnisse der Studie sowohl hinsichtlich der Eignung des Mikrozensus als auch der empirischen Ergebnisse gezogen.

Die detaillierten Ergebnisse finden sich in dem Gesamtforschungsbericht. Zur Information wurde an diese Kurzfassung das **Inhaltsverzeichnis des Berichtes in der Langfassung** angehängt.

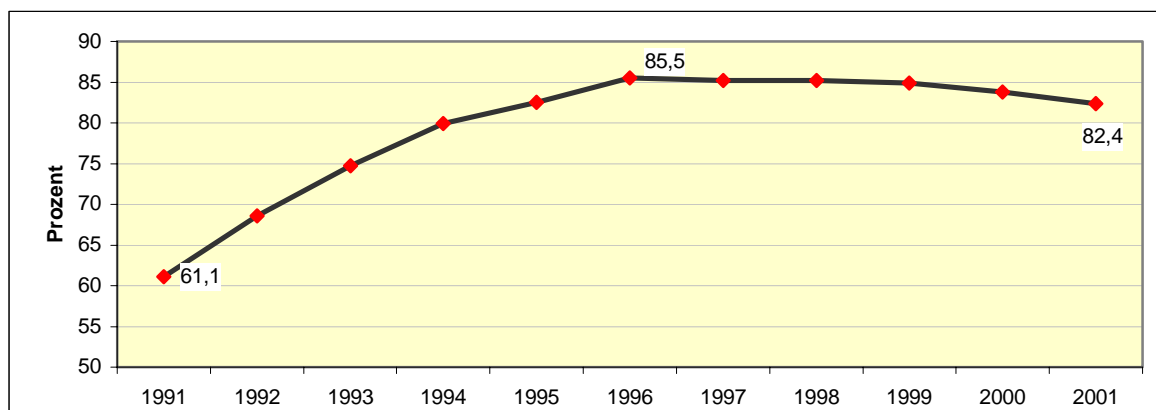
I. Zentrale Ergebnisse

1. Angleichung der Haushaltsnettoeinkommen der alten und neuen Bundesländer

Annäherung der Haushaltsnettoeinkommen der neuen an die alten Länder stagniert seit 1997 mit rückläufiger Tendenz

Das mittlere Haushaltsnettoeinkommen für die alten Bundesländer betrug im Jahr 2001 nach Mikrozensus (Median) rund 1.775 Euro, für die neuen Länder 1.450 Euro. Während sich die mittleren Haushaltsnettoeinkommen nach den Ergebnissen des Mikrozensus ab 1991 bis etwa zur Mitte der 1990er Jahre relativ rasch angenähert haben, stagnierte die Annäherung der Haushaltseinkommen 1996, um dann erneut auseinander zu gehen.

Grafik 1: Entwicklung des Anteils der Haushalteinkommen der neuen Bundesländer an die alten Bundesländer (in Prozent neue Länder an alte Länder)



Quelle: Mikrozensus,

Engler HU Berlin

Tabelle 1 Die Angleichung der Haushaltsnettoeinkommen in Ost und West nach Deutschland gesamt und in Berlin in %

Anteil in %	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Neue Länder an alte Länder	61,1	68,6	74,7	79,9	82,5	85,5	85,2	85,2	84,9	83,8	82,4	k. A.	k. A.	k. A.
Differenz zum Vorjahr	-	7,4	6,1	5,2	2,6	3,1	-0,3	0,0	-0,3	-1,1	-1,4			
Ostberlin an Westberlin	69,8	79,4	87,5	89,4	92,9	97,4	97,0	100,0	99	98,7	97,2	96,0	97,3	96,4
Differenz zum Vorjahr	-	9,6	8,1	1,9	3,5	4,5	-0,4	3	-1	-0,3	-1,5	-1,2	1,3	-0,9

Quelle: Mikrozensus,

Engler HU Berlin

Ost-West-Angleichung der Haushaltsnettoeinkommen innerhalb Berlins erfolgte auch als Angleichung der Westberliner Bezirke an die Ostberliner Bezirke

Im Jahr 1991 betrug die mittleren Nettoeinkommen der Ostberliner Haushalte 70% der Einkommen von Westberliner Haushalten. Die mittleren Haushaltsnettoeinkommen in Berlin haben sich seit 1991

bis 1998 kontinuierlich angeglichen. Sie unterschieden sich 1998 nicht mehr von einander. Die Angleichung bei den Haushaltsnettoeinkommen war im Unterschied zur Annäherung der neuen an die alten Bundesländer das Ergebnis einer beiderseitigen Annäherung: die Einkommen in den östlichen Stadtbezirken sind gestiegen, während die in den westlichen Bezirken stagnierten. Ab 1999 begann jedoch eine erneute und bis 2004 anhaltende Auseinanderbewegung der mittleren Haushaltsnettoeinkommen. Im Jahr 2004 betragen die Einkommen der Ostberliner Haushalte nur noch 96% der Einkommen der Westberliner Haushalte.

Der Vergleich mit den Entwicklungen auf gesamtdeutscher Ebene belegt, dass die Annäherungsprozesse in Berlin anders verlaufen als zwischen den alten und den neuen Bundesländern: Zum einen erfolgte die Ost-West-Annäherung auf der Ebene der Haushaltsnettoeinkommen in Berlin schneller als auf der Bundesebene. Im Jahr 1998 hatten die Ostberliner Haushalte etwa 100% des mittleren Einkommens der Westberliner Haushalte erreicht. Wegen des Wegfalls der Berlinzulage (ab 1993) und Wanderungsbewegungen ins Brandenburger Umland verlief der Annäherungsprozess in Berlin zum anderen auch als Annäherung Westberlins an das niedrigere Ostberliner Niveau. Im Gegensatz zu den Haushaltsnettoeinkommen in den alten Bundesländern, die sich ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder schneller entwickelten als in den neuen Ländern, stagnierten in Westberlin die Haushaltsnettoeinkommen.

2. Haushaltsnettoeinkommen in Berlin und Brandenburg in der Rangfolge der Bundesländer

Im Vergleich der Bundesländer liegt Brandenburg an der Schnittstelle zwischen Ost und West

Das mittlere Haushaltsnettoeinkommen in Berlin betrug im Jahr 2001 nominal rund 1.475 Euro, das in Brandenburg 1.550 Euro. Brandenburg belegte den Rangplatz 10, Berlin den Rangplatz 13 in der Ländereihe. Die höchsten Haushaltsnettoeinkommen wurden in den Bundesländern Baden-Württemberg (1.900 Euro), Bayern und Hessen (beide etwa 1.875 Euro) erzielt. Die geringsten in Mecklenburg-Vorpommern (1.425 Euro) und Sachsen-Anhalt (1.450 Euro).

Brandenburg hatte von allen neuen Bundesländern die höchsten Haushaltsnettoeinkommen und blieb dennoch damit unter dem Einkommen des Saarlandes als dem Land der alten Bundesländer mit dem geringsten mittleren Haushaltsnettoeinkommen. Brandenburg bildet somit die Grenze zwischen den alten und den neuen Ländern. Alle neuen Länder lagen unter dem gesamtdeutschen Mittelwert (1.725 Euro). In Bezug auf die Haushaltsgröße liegt Brandenburg mit 2,2 Personen je Haushalt im bundesdeutschen Durchschnitt. Nach dem Pro-Kopf-Einkommen verändert es seine Position im Länder-Ranking nicht. Brandenburg liegt hier auf Platz 11 von 16.

Haushaltsnettoeinkommen Brandenburgs deutlich über dem der Berliner

Im Vergleich der Bundesländer Berlin und Brandenburg lag Brandenburg in den Jahren 2001 und 2002 mit seinem mittleren Haushaltsnettoeinkommen deutlich über dem von Berlin. Der

Zeitreihenvergleich ab 1991 belegt, dass sich die Haushaltsnettoeinkommen in Brandenburg zunächst wie die Ostberliner Einkommen entwickelten, doch ab 1993 kontinuierlich darüber hinaus wuchsen.

Der Pro-Kopf-Vergleich zeigt jedoch, dass in Brandenburg viel mehr Personen von diesen Haushaltseinkommen leben (Pro-Kopf-Einkommen 2001: Berlin 879 Euro, Brandenburg 750 Euro; mittlere Haushaltsgröße: Berlin 1,8 Personen, Brandenburg 2,2 Personen).

Die überdurchschnittliche Einkommensentwicklung Brandenburgs auch im Vergleich zu den übrigen neuen Bundesländern erklärt sich in sehr starkem Maße durch Zuwanderungen einkommensstarker Haushalte aus Berlin und den alten Bundesländern in das grüne Umland von Berlin, in den so genannten engeren Verflechtungsraum (e.VR.). Es ist daher davon auszugehen, dass die im Verflechtungsraum erzielten hohen Einkommen überwiegend von zugewanderter Bevölkerung erzielt werden. Sie sind demnach nicht typisch für die brandenburgstämmige Bevölkerung.

Ein differenzierter Vergleich der Landkreise Brandenburgs bestätigt: die Haushaltsnettoeinkommen im Verflechtungsraum zu Berlin waren im Vergleich zu Brandenburg und zu Berlin überdurchschnittlich (Haushaltsnettoeinkommen 2001: im e.VR. 1.725 Euro, Brandenburg 1.550, Berlin 1.475 Euro). An den äußeren Rändern Brandenburgs werden ähnlich geringe Einkommen erzielt, wie in den übrigen neuen Bundesländern.

Berlin im Länder-Ranking nach Pro-Kopf-Einkommen auf Platz 3 hinter Hamburg und Bremen

Berlin gehört zu den Stadtstaaten und hat wie Hamburg und Bremen eine deutlich andere Haushaltsstruktur als die regionalen Flächenländer. Aus diesem Grund ist ein länderübergreifender Vergleich problematisch. Bezogen auf das HH-Nettoeinkommen der drei Stadtstaaten Hamburg (1.675 Euro) und Bremen (1.500 Euro) lag Berlin mit 1.475 Euro im Jahr 2001 unter diesen beiden auf dem 3. Platz.

Unter Einbeziehung der Kinder und Personen ohne eigenes Einkommen in den Bundesländern nach dem Pro-Kopf-Einkommen der Länder relativiert sich jedoch die ungünstige Situation der Berliner in der Rangreihe der Länder. Alle drei Stadtstaaten nehmen die vordersten Plätze in der Rangreihe der Länder nach dem Pro-Kopf-Einkommen ein. Der strukturelle Effekt ergibt sich aus der im Vergleich zu den anderen Bundesländern deutlich geringeren Haushaltsgröße 2001 (Berlin 1,83; Hamburg und Bremen 1,86; dagegen Deutschland gesamt 2,2). In den drei Stadtstaaten leben demnach, wie in allen Großstädten, deutlich mehr Ein-Personen-Haushalte als in den Flächenländern.

3. Individuelles Nettoeinkommen der Erwerbstätigen

Einkommensdifferenzen zwischen Männern und Frauen 2001 wieder auf Niveau von 1991

Im April des Jahres 2001 betrug das mittlere Nettoeinkommen der Erwerbstätigen laut Mikrozensus in Deutschland nominal insgesamt rund 1.250 Euro, darunter das der Männer 1.550 Euro und das der Frauen 950 Euro. Das Einkommen der Frauen gemessen am Einkommen der Männer betrug 2001 etwa 63%. Die nominale Einkommensdifferenz lag im gesamtdeutschen Vergleich etwa bei 600 Euro (1.125 DM).

Der Vergleich der mittleren Nettoerwerbseinkommen von Männern und Frauen in Deutschland gesamt über den Zeitraum von 1991 bis 2001 macht deutlich, dass die Ungleichheit im Einkommen der Geschlechter nach wie vor nicht überwunden ist, sondern diese relativ stabil und über die Jahre ab etwa 1995 sogar leicht gestiegen ist. Der Einkommensanteil der Frauen an dem der Männer lag 2001 damit im Bundesvergleich wieder auf dem Niveau von 1991 (1991: 62%; 1994: 65,6%; 2001: 62,6%).

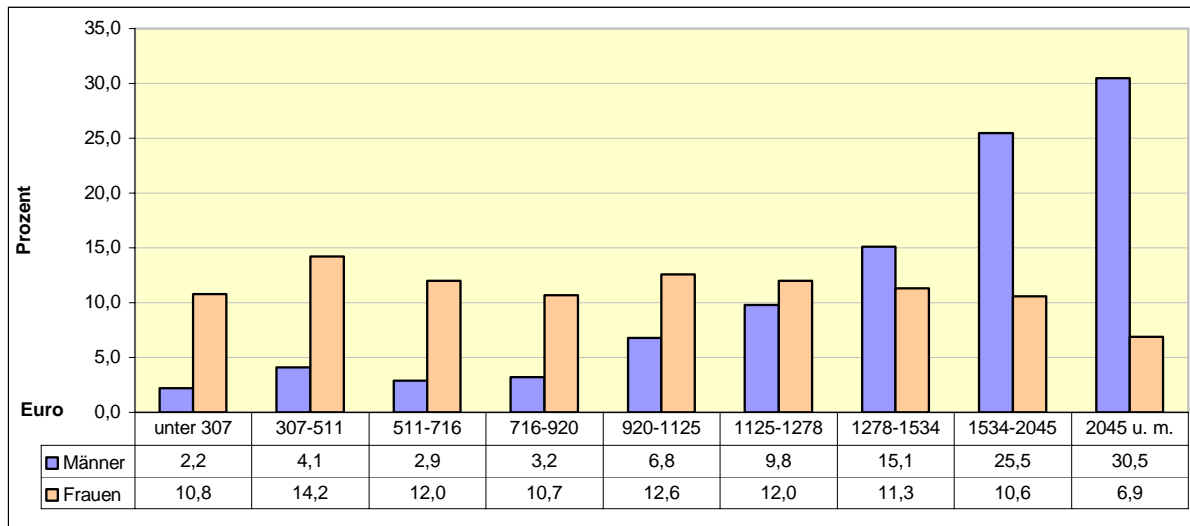
Angleichung der Erwerbseinkommen in Ost- und Westdeutschland ist Struktureffekt der Erwerbsbeteiligung von Frauen

Insgesamt bezogen die ostdeutschen Erwerbstätigen 2002 also 11 Jahre nach der Wiedervereinigung etwa 80% der Erwerbseinkommen der westdeutschen.

Im gesamtdeutschen Geschlechtervergleich wirken jedoch starke Struktureffekte, die durch die höhere Vollzeiterwerbsbeteiligung ostdeutscher Frauen hervorgerufen werden. Während sich für alle Erwerbstätigen getrennt nach Ost- und Westdeutschland im Jahr 2002 eine Einkommensdifferenz von etwa 20 Prozent nachweisen ließ, lag insbesondere die Differenz zwischen den erwerbstätigen Männern in Ost- und Westdeutschland noch wesentlich stärker auseinander. Die Ostdeutschen Männer bezogen lediglich 69% der Nettoeinkommen der westdeutschen Männer. Dagegen lagen die Einkommen der ostdeutschen Frauen bei 101% der westdeutschen Frauen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die ostdeutschen Frauen für diese gleichen Einkommen in der Mehrzahl Vollzeit, die westdeutschen Frauen jedoch wesentlich häufiger verkürzt arbeiten.

Keine angeglichenen Einkommensstrukturen zwischen den alten und den neuen Ländern, weder in der Höhe noch bei der Verteilung zwischen den Geschlechtern

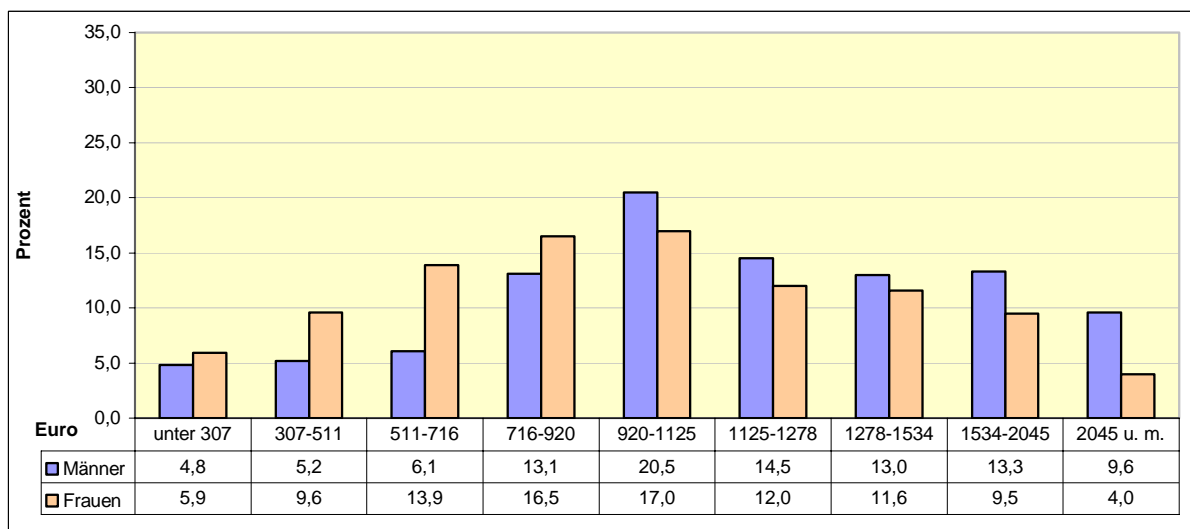
Grafik 2 Struktur der individuellen Nettoeinkommen Erwerbstätiger 2001 – alte Länder -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, 2001

Engler HU Berlin

Grafik 3: Struktur der individuellen Nettoeinkommen Erwerbstätiger 2001 – neue Länder -



Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, 2001

Engler HU Berlin

Das mittlere Erwerbseinkommen der Männer betrug 2002 in den alten Ländern 1.700 Euro und in den neuen Ländern 1.175 Euro (69%). Die mittleren Erwerbseinkommen der Frauen betragen für die alten und neuen Länder rund 1.000 Euro.

In den neuen Ländern gibt es anteilig deutlich mehr Erwerbseinkommen von Männern im Niedriglohnbereich als in den alten Ländern (Erwerbseinkommen 2001 Männer unter 716 Euro netto: neue Länder 16%, alte Länder 9%). Dagegen stehen auffallend mehr obere Einkommen in den alten

Ländern, die insbesondere von den Männern erzielt werden (Erwerbseinkommen Männer über 2.045 Euro netto: neue Länder 10%, alte Länder 31%).

Die deutlichen Unterschiede bei der Angleichung der Geschlechter zwischen den alten und den neuen Ländern ergeben sich vor allem daraus, dass in den alten Ländern die Männer auffallend häufig sehr hohe Einkommen beziehen und dagegen die Frauen nicht oder nur teilweise arbeiten. In den neuen Ländern hingegen erzielen Männer und Frauen mittlere Einkommen und beide wollen und müssen berufstätig sein.

Erwerbsmodelle von Männern und Frauen in Ost- und Westdeutschland verschieden

Die Einkommensdifferenzen der erwerbstätigen Frauen und Männer in den alten Bundesländern liegen deutlich weiter auseinander, als in den neuen Ländern. Der Anteil der Fraueneinkommen an den Männereinkommen betrug für die alten Länder 58%, hingegen in den neuen Ländern 86%. In Baden-Württemberg, als dem Bundesland mit den höchsten Haushaltsnettoeinkommen bezogen die Frauen lediglich 55% des mittleren Erwerbseinkommens der Männer, die Frauen in Brandenburg hingegen 89%.

In beiden Teilen Deutschlands existieren noch immer zwei völlig verschiedene familiäre Erwerbsmodelle. In den alten Ländern wird das traditionelle Ernährermodell gelebt, evt. modifiziert durch den Zuverdienst der Ehefrau. In den neuen Ländern hat sich ein gleichberechtigteres Erwerbsmodell erhalten. Auf Grund der geringen Einkünfte in Ostdeutschland ist in zahlreichen Fällen auch gar keine andere Alternative möglich. Geringer bezahlte Männereinkommen zwingen zu stärkerer Berufstätigkeit von Frauen, sodass in einkommensschwächeren Gebieten auch immer de facto eine „gleichberechtigtere“ Teilhabe am Erwerbsprozess erzeugt wird. Zudem existiert bei einer Vielzahl von ostdeutschen Frauen ein sehr starkes Bestreben nach eigenständiger Erwerbstätigkeit und ökonomischer Unabhängigkeit, das sich in der Einstellung zu Voll- und Teilzeitarbeit widerspiegelt.

Tabelle 2: Unterschiede der mittleren monatlichen Nettoeinkommen Erwerbstätiger nach dem Geschlecht

2002	Erwerbseinkommen von			Verhältnis
	Männer	Frauen	Differenz	Frau zu Mann
	in Euro			in %
Deutschland	1.597	999	598	62,6
alte Länder und Westberlin	1.706	996	710	58,4
<i>darunter Baden-Württemberg</i>	1.775	1.597	999	598
Neue Länder und Berlin Ost	1.174	1.010	164	86,0
<i>darunter Brandenburg</i>	1.189	1.055	134	88,7
<i>Berlin</i>	1.443	1.183	260	82,0

Fehlertoleranz + / - 51 Euro

Quelle: Mikrozensus,

Engler HU Berlin

Geschlechterdifferenz bei Erwerbseinkommen in Berlin und Brandenburg geringer als in den alten Bundesländern

In den alten Bundesländern gibt es eine sehr ungleiche Aufteilung von Erwerbsarbeit und Erwerbseinkommen zwischen den Männern und Frauen. Die Unterschiede zwischen den Erwerbseinkommen der Geschlechter in Berlin, in Ost- und auch in Westberlin sowie in Brandenburg fallen im Vergleich hierzu deutlich geringer aus. Insbesondere in den östlichen Bezirken Berlins sind die Differenzen auffallend gering (2000: Anteil Fraueneinkommen an Männereinkommen 93%). Hier wirken der „Großstadtbonus“ und die „Ostsozialisation“ in dieselbe Richtung und verstärken sich in ihrer Wirkung. Ebenso zwingt der hohe Anteil an Ein-Personen-Haushalten (ca. 50 Prozent aller Haushalte) zu einer eigenständigen Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit.

Die Geschlechterdifferenzen fallen dennoch für Berlin gesamt größer aus als in Brandenburg (Anteil Fraueneinkommen an Männereinkommen 2000 Berlin gesamt 84%, Brandenburg 89%). Das liegt jedoch an der größeren Einkommensdifferenz zwischen den erwerbstätigen Männern und Frauen in Westberlin (2000 Frau an Mann 77%). Selbst die Brandenburger schneiden in punkto Geschlechterdifferenz im Vergleich zu den Ostdeutschen Ländern (86%) insgesamt noch etwas besser ab. Auch hier ist davon auszugehen, dass daran die Nähe zur Großstadt mit ihren besseren Erwerbsmöglichkeiten für Frauen eine Rolle spielt.

Teilzeitarbeit kein Erwerbsmodell für Frauen in Berlin und Brandenburg

Teilzeitarbeit als angestrebtes Erwerbsmodell für Frauen konnte weder für Ostberlin noch für Brandenburg in großem Umfang nachgewiesen werden. In der Region arbeiten wesentlich weniger Frauen in Teilzeit als in den alten Ländern (Mikrozensus 2002: Anteil an Teilzeitarbeit der Frauen in Berlin: 31%, darunter: Berlin-Ost: 24%, Berlin West: 35%, Brandenburg: 26%, Deutschland: 40%). Teilzeitarbeit wird im Osten ersatzweise dann akzeptiert, wenn Vollzeitarbeit nicht zu finden ist.

Die mittleren Nettoeinkommen von Teilzeitbeschäftigten lagen in Berlin nach Mikrozensus im Jahr 2001 bei 775-800 Euro, die der Vollzeitbeschäftigten bei 1.425 Euro (Männer Berlin gesamt) und 1.275 Euro (Frauen Berlin gesamt).

Die Bevölkerung in den östlichen Bezirken Berlins arbeitet mehr, länger und gleichberechtigter als die in den westlichen Bezirken

Im Jahr 2002 betragen die mittleren individuellen Erwerbseinkommen in Berlin netto 1.300 Euro, darunter die in Westberlin 1.350 Euro und die in Ostberlin 1.275 Euro. Die mittleren Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in Ost- und Westberlin haben sich in den 1990er Jahren kontinuierlich angenähert. Die mittleren Nettoeinkommen der Erwerbstätigen aus Ostberlin lagen im Jahr 2002 bei 94 Prozent der Westberliner Erwerbstätigen. Damit ist die Angleichung der mittleren Erwerbseinkommen in der Stadt erfolgreicher als Ost- und Westdeutschland insgesamt.

Dennoch wirkt auch in Berlin, wenngleich nicht in dem Maße wie für ganz Deutschland, die strukturelle Nivellierung durch die unterschiedliche Beteiligung der Frauen am Erwerbsprozess. Für 2002 lag die Annäherung der Einkommen bei den Männern Ost- zu Westberlin bei 85 Prozent, die bei den Frauen bei 104% zugunsten der Ostberlinerinnen.

Die Ost-West-Angleichung im Einkommen der Vollzeitbeschäftigten war im Vergleich zu den Erwerbseinkommen für alle Erwerbstätigen etwas geringer ausgeprägt. Sie betrug 2001 für vollzeitarbeitende Ostberlinerinnen 99,5% der Westberlinerin und für vollzeittätige Ostberliner Männer 81% des Erwerbseinkommen der Westberliner Männer. Die größten Einkommensunterschiede waren dabei zwischen den vollzeiterwerbstätigen Männern in West- und Ostberlin festzustellen (mittleres Nettoerwerbseinkommen 2001 Vollzeit Mann: Westberlin rund 1.575, Ostberlin 1.275 Euro).

Tabelle 3: Ost-Westunterschiede in Berlin – mittleres individuelles Nettoeinkommen der Erwerbstätigen -

2001	Westberlin	Ostberlin	Ostberlin an Westberlin
	in Euro*		in %
Erwerbstätige gesamt	1.294	1.215	93,8
Mann	1.482	1.239	83,6
<i>darunter Vollzeit</i>	1.566	1.270	81,1
Frau	1.145	1.180	103,0
<i>darunter Vollzeit</i>	1.291	1.285	99,5

*Fehlertoleranz +/-51 Euro

Quelle: Mikrozensus

Engler HU Berlin

In Westberlin bestritten 39 Prozent der Bevölkerung ihren Lebensunterhalt durch Erwerbstätigkeit, im Ostteil 45 Prozent. Werden zudem die nach wie vor höheren Wochenarbeitszeiten in Ostberlin im Vergleich zu denen im Westteil der Stadt berücksichtigt, dann ergibt sich zusammenfassend: Die Ostberliner Bevölkerung arbeitet anteilig mehr (Erwerbsquote), zeitlich länger (Wochenarbeitszeit) und gleichberechtigter (Geschlechterverhältnis) für insgesamt weniger Erwerbseinkommen als die Bevölkerung Westberlins.

Die Brandenburger Erwerbseinkommen liegen unter den Erwerbseinkommen der Berliner

Die mittleren Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in Brandenburg lagen im Jahr 2001 in Brandenburg bei rund 1.100 Euro, darunter das der Männer bei 1.175 Euro und das der Frauen bei 1.050 Euro. Die Erwerbseinkommen der Brandenburger gesamt entsprachen damit etwa 87% des mittleren

Nettoeinkommens der Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt (82% der alten Länder und 102% der neuen Länder) und 86% des Einkommens der Erwerbstätigen von Berlin insgesamt (84,5% des Westberliner und 90% des Ostberliner Nettoerwerbseinkommens).

Die Nettoeinkommen der Erwerbstätigen in Brandenburg liegen also deutlich unter denen von Berlin und auch von Ostberlin. Lediglich im Brandenburger Teil des Berliner Umlandes (engerer Verflechtungsraum) werden von einkommensstarken Erwerbstätigen, darunter nicht zuletzt von in den 1990er Jahren zugewanderten Bevölkerungsschichten aus Berlin und den alten Bundesländern, deutlich höhere Einkommen erzielt. Die mittleren Einkommenswerte für die Erwerbstätigen aus Brandenburg insgesamt, fallen ähnlich wie in Ostberlin noch „relativ günstig“ aus, weil die erwerbstätigen Frauen aus Brandenburg, in stärkerem Umfang Vollzeit arbeiten, als die Frauen in den alten Bundesländern.

Die Struktur der **Niedrigeinkommensbezieher** (Einkommen bis 920 Euro) unter den Erwerbstätigen in Berlin unterscheidet sich wesentlich von den Bedingungen in den regionalen Flächenländern in den alten und den neuen Bundesländern. Hier gibt es wesentlich mehr geringverdienende Männer (sehr viele Studenten) und weniger Frauen mit Niedrigeinkommen aus Teilzeitarbeit.

Tabelle 4: Vergleich der Struktur der Niedrigeinkommensbezieher

2 001	alte Länder ohne Westberlin		Neue Länder ohne Berlin-Ost		Ostberlin-		Westberlin-	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
	in % von insgesamt							
unter 920 Euro	12,1	48,0	29,8	47,6	23,7	29,6	19,9	34,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2001 Engler HU Berlin

Erwerbseinkommen als Quelle des Lebensunterhalts rückläufig, dafür Zunahme von Sozialtransfers und Alterssicherung

Ein Schwerpunkt der Einkommens- und Armutsprobleme liegt bei denen, die über keinen oder nur einen unzureichenden (nicht existenzsichernden) Zugang zu Erwerbsarbeit verfügen.

Im Untersuchungszeitraum haben die zunehmende Alterung der Bevölkerung in Berlin, das starke Wegbrechen von Erwerbsarbeitsplätzen sowie der Übergang von geburtenstarken Jahrgängen in das Erwachsenenalter zu deutlichen Verschiebungen hinsichtlich der hauptsächlichen Quellen für den Lebensunterhalt der Bevölkerung geführt. Von 1991 bis 2004 ist ein *Rückgang* der Personen,

- die ihren Lebensunterhalt überwiegend von Erwerbsarbeit bestreiten und
- die vom Unterhalt der Eltern bzw. vom Ehepartner leben, zu verzeichnen.

Dem gegenüber stand eine *Zunahme* von Personen,

- die von ihrer Rente/Pension leben sowie
- die von Sozialhilfe und von Arbeitslosengeld/ -hilfe leben.

Haben im Jahr 1991 noch 48% aller Berliner ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestritten, so waren es 2004 nur noch 39%. Dagegen wuchs die Zahl der Personen, die überwiegend von Sozialtransfers und Versicherungen leben (Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Personen mit sonstiger Unterstützung) von 26% auf 39%.

Tabelle 5: Struktur der Bevölkerung Berlins nach überwiegendem Lebensunterhalt

	1991	2004	1991	2004
	in 1000		in %	
Bevölkerung gesamt	3 424,4	3 386,9	99,6	99,4
Erwerbstätigkeit	1 645,7	1 327,8	48,1	39,2
Arbeitslosengeld/-hilfe*	115,9	284,8	3,4	8,4
Rente, Pension	629,3	777,7	18,4	23,0
Unterhalt Eltern, Ehegatten	873,2	718,8	25,5	21,2
Sozialhilfe	65,2	172,7	1,9	5,1
Sonstige Unterstützung	79,8	85,2	2,3	2,5

Angaben über die Situation im Frühjahr 2004, also noch vor dem Wirken der Harz IV- Gesetze.

*Fehlertoleranz +/-51 Euro

Quelle: Mikrozensus

Engler HU Berlin

Erwerbsfähige ohne eigenes Einkommen in Berlin überwiegend im Alter von 15-25 Jahren und im Vorrentenalter

Von den Personen im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) waren im Jahr 2002 in Berlin etwa 236 Tausend ohne eigenes Einkommen, fast die Hälfte davon waren Jugendliche zwischen 15 und 20 Jahren. Außerdem gibt eine relativ stabile Zahl von etwa 10% der erwachsenen Personen in allen Altersgruppen ohne eigenes Einkommen. Nachweislich sind das mehr Frauen als Männer, mehr Westberlinerinnen als Ostberlinerinnen. Erhöhte Zahlen von Personen ohne eigenes Einkommen fanden sich in der Altersgruppe von 20-25 Jahren und im Vorentenalter. Im Rentenalter gab es fast keine Personen ohne eigenes Einkommen.

Sozialhilfe als einzige Sozialtransferzahlung von Einkommensentwicklung der Erwerbstätigen abgekoppelt

Tabelle 6: Mittleres individuelles Nettoeinkommen von Bevölkerung Berlins nach Lebensunterhalt

Bevölkerung mit überwiegendem Lebensunterhalt durch:	1991	2001	Differenz 2001 zu 1991	
	in Euro		in % von 91	
Arbeitslosengeld/-Hilfe	363	665	302	183,2
Sozialhilfe zum Lebensunterhalt¹	430	470	40	109,3
Rente /Pension	670	1 043	373	155,7
Erwerbstätigkeit	963	1 276	313	132,5

*Fehlertoleranz +/-51 Euro

Quelle: Mikrozensus

Engler HU Berlin

¹ Bei der Berechnung wurde davon ausgegangen, dass Sozialhilfeempfänger seinen überwiegenden Lebensunterhalt nicht mit Einkommen von unter 300 Euro bestreiten kann. Wäre bei der Berechnung von Sozialhilfezahlungen von weniger als 300 Euro ausgegangen worden, wären die mittleren Nettoeinkommen der Sozialhilfeempfänger noch geringer ausfallen.

Im Zeitverlauf von 1991 bis 2001 haben sich die mittleren individuellen Nettoeinkommen einzelner sozialer Gruppen der Bevölkerung (Median) in sehr unterschiedlichem Maße entwickelt: Während die Erwerbseinkommen in Berlin im Beobachtungszeitraum in ihrem mittleren Wert um 313 Euro angestiegen sind, waren es bei den Renten und Pensionen gar 373 Euro. Auf Grund sehr niedriger Arbeitslosengelder im Osten zu Beginn der 1990er Jahre insgesamt sind auch bei den Arbeitsloseneinkommen Zuwächse von 302 Euro zu verzeichnen. Lediglich die Sozialhilfezahlungen blieben von dieser Entwicklung abgekoppelt. Hier konnte über den Zeitraum von 10 Jahren nur ein Zuwachs von 40 Euro nachgewiesen werden.

Rentenbezüge liegen über den Einkommen junger Erwerbstätiger

Überdurchschnittliche Einkommen erzielen Personen im aktiven Erwerbsalter (35-55 Jährige). Die Bevölkerung bis etwa 25 Jahre bezieht aus unterschiedlichen Quellen (Erwerb, Unterhalt durch Eltern, Transfereinkommen) noch in hohem Maße *nicht existenzsichernde individuelle* Nettoeinkommen unter 500 Euro. Ein relativ hoher Anteil an geringem Einkommen ist auch noch bei den bis zu 30-jährigen Berlinern zu registrieren.

Die Generation der Rentner ab siebzig Jahre aufwärts bezieht dagegen monatliche Alterseinkommen, die netto deutlich über den Bezügen der jungen erwerbsfähigen Bevölkerung bis mindestens 30 Jahren liegt. Nach den vorliegenden Ergebnissen trifft dieser Sachverhalt in Berlin für die nachrückende Generation von Altersrentnern zwischen 60 und 70 Jahren schon nicht mehr zu.

4. Haushaltsnettoeinkommen in den Bezirken Berlins

Starke Differenzierungen zwischen den Berliner Stadtbezirken

Das mittlere Haushaltsnettoeinkommen in Berlin betrug im Jahr 2004 etwa 1.475 Euro. Die Einkommen im Ost- und im Westberliner Teil der Stadt waren im Rahmen der Fehlerspanne von +/- 51 Euro noch weitestgehend angeglichen (Haushaltsnettoeinkommen West: 1.489 Euro, Haushaltsnettoeinkommen Ost: 1.436 Euro Differenz: 53 Euro), wenngleich sie seit 1998 erneut auseinanderdriften.

Das absolut höchste mittlere Haushaltsnettoeinkommen wurde in dem relativ bevölkerungsarmen Westberliner Bezirk Zehlendorf (2.275 Euro) erzielt. Das Haushaltsnettoeinkommen dieses Bezirkes weicht sehr stark von allen übrigen Berliner Bezirken ab. Deutlich überdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen wurden außerdem in den Bezirken Steglitz (1.825 Euro) des alten Westberlin und im Bezirk Hellersdorf (1.800 Euro) des alten Ostberlins erzielt. Im Pro-Kopf-Vergleich der Bezirke relativiert sich das hohe Haushaltsnettoeinkommen jedoch für den kinderreichen Bezirk Hellersdorf (Pro-Kopf-Einkommen 2004: Zehlendorf 1.098 Euro, Steglitz 970 Euro, Hellersdorf 846 Euro).

Deutlich unterdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen wurden 2004 erneut in den Westberliner Bezirken Kreuzberg (1.225 Euro), Wedding (1.175 Euro) und in dem Ostberliner Bezirk Friedrichshain (1.175 Euro) erzielt. Es sind alle drei Innenstadtbezirke mit durchschnittlicher bis

unterdurchschnittlicher Haushaltsgröße. Unter Berücksichtigung der Pro-Kopf-Einkommen erweist sich jedoch, dass die Situation in Wedding und Kreuzberg sich von Friedrichshain unterscheidet. Während im Friedrichshain die Ursache geringer Haushaltsnettoeinkommen in der geringen Haushaltsgröße liegt, müssen in Wedding und Kreuzberg von diesen geringen Haushaltsnettoeinkommen außerdem deutlich mehr Personen leben (Pro-Kopf-Einkommen 2004: Wedding 690 Euro, Kreuzberg 699 Euro, Friedrichshain 868 Euro).

Die Analyse der nominalen Haushaltsnettoeinkommen im Zeitverlauf von 1991 bis 2004 belegt

- ein extremes Ausscheren von Zehlendorf aus der Reihe aller übrigen Bezirke Berlins,
- einen relativ starken Aufwärtstrend bei den mittleren Haushaltseinkommen aller Ostberliner Bezirke,
- eine Stagnation der Westberliner Bezirke auf einem im Vergleich zu den Ostbezirken immer noch höherem Einkommensniveau,
- ein erneutes Auseinanderdriften der Haushaltsnettoeinkommen in den Ostberliner und Westberliner Bezirken (stärkerer Anstieg in Westberlin) ab 1998 und
- ein Absinken der Haushaltsnettoeinkommen in beiden Teilen der Stadt ab 2002 bis 2004.

Polarisierung der Haushaltsnettoeinkommen in den Westberliner Bezirken größer als in Ostberlin

Die Differenz zwischen dem Bezirk mit dem höchsten (Zehlendorf: 2.275 Euro) und den Bezirken mit dem niedrigsten mittleren Haushaltsnettoeinkommen (Friedrichshain und Wedding: 1.175 Euro) betrug für 2004 etwa 1.100 Euro. Damit werden in den Innenstadtbezirken Haushaltsnettoeinkommen bezogen, die nur halb so hoch sind wie die in Zehlendorf. Das mittlere Haushaltsnettoeinkommen von Friedrichshain beträgt 51%, (Wedding 52%) vom Haushaltsnettoeinkommen des Bezirkes Zehlendorf. Die Unterschiede im Haushaltsnettoeinkommen zwischen dem „reichen“ Zehlendorf und den „ärmsten“ Bezirken Kreuzberg und Wedding sind im Zeitraum von 1991 zu 2004 um 63% gestiegen (Differenz mittleres Haushaltsnettoeinkommen Zehlendorf-Kreuzberg 1991: 667 Euro, Zehlendorf-Wedding 2004:1.088 Euro). Obwohl nach 2000 und insbesondere ab 2002 in der Mehrzahl der Bezirke eine rückläufige Nettoeinkommensentwicklung der Privathaushalte zu registrieren ist, nehmen die Einkommensdifferenzen zwischen den Haushaltsnettoeinkommen im „reichsten“ und in den „ärmsten“ Bezirken weiterhin zu.

Lässt man Zehlendorf wegen seiner offenbaren Sonderstellung einmal aus, dann betrug die Einkommensspanne der Haushaltsnettoeinkommen unter den Ostberliner Bezirken im Jahr 2004 ca. 475 Euro (Köpenick: 1.650 Euro und Friedrichshain: 1.175 Euro), die zwischen den Westberliner Bezirken (Wedding und Wilmersdorf, ohne Zehlendorf) ca. 525 Euro. Damit liegen die Unterschiede der mittleren Haushaltsnettoeinkommen zwischen den Westberliner Bezirken nach wie vor etwas über denen zwischen den Ostberliner Bezirken.

Die tatsächlichen abgelaufenen Polarisierungsprozesse innerhalb Berlins werden durch die Bezirkszusammenlegung und die daraus resultierenden Nivellierungen verdeckt. Die Ungleichheit in der Stadt hat wesentlich stärker zugenommen, als dies mit der Statistik nach der neuen Bezirksstruktur belegt werden kann.

Inflationsbereinigt ist in Berlin eine sinkende Entwicklung des Realeinkommens der Berliner Haushalte festzustellen

Unter Beachtung der Entwicklung der Verbraucherpreise (Verbraucherpreisindex auf der Basis der Preise von 1995) zeigt die Analyse, dass für die Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen in Deutschland gesamt für den Zeitraum 1991–2001 statt von einer nominal ansteigenden Entwicklungslinie von einer eher stagnierenden Einkommensentwicklung auszugehen ist.

Für Berlin, vor allem Westberlin, ergab sich, dass die nominal stagnierende Entwicklung bei der Berücksichtigung des Verbrauchspreisindex in eine sogar sinkende Realeinkommensentwicklung für die Berliner Haushalte umschlägt. Die Einkommensentwicklung der Berliner Haushalte verlief daher im Vergleich zu den alten Bundesländern deutlich ungünstiger.

5. Haushaltsnettoeinkommen in den Regionen Brandenburgs

Dynamische Entwicklung im Speckgürtel, Stagnation in den Randkreisen

Die Unterschiede bei den Haushaltsnettoeinkommen zwischen den vierzehn Landkreisen sind zum Teil sehr erheblich. Zwischen dem Landkreis mit den höchsten Haushaltsnettoeinkünften Potsdam-Mittelmark (Median: 1.931 Euro) und dem Landkreis mit den geringsten Haushaltseinkünften Ostprignitz-Ruppin (Median: 1.296 Euro) war für das Jahr 2002 ein Unterschied von 635 Euro festzustellen. Diese Einkommensdifferenz ist von 2000 bis 2002 weiter angestiegen.

Überdurchschnittlich gute Haushaltsnettoeinkommen wiesen im Jahr 2002 die Landkreise Potsdam-Mittelmark (1.931 Euro), Barnim (1.798 Euro), Teltow-Fläming (1.750 Euro), Oberhavel (1.719 Euro), Dahme-Spreewald (1.716 Euro), Oder-Spree (1.715 Euro) und das Havelland mit 1.704 Euro auf. Unterdurchschnittliche Haushaltsnettoeinkommen wurden für die Landkreise Ostprignitz-Ruppin (1.292 Euro), Oberspreewald-Lausitz (1.380 Euro), Prignitz (1.385 Euro) festgestellt. Diese drei Landkreise belegen in der Rangreihe aller Landkreise die letzten Plätze. Geografisch betrachtet befinden sie sich im oberen und unteren (äußeren) Randgebiet von Brandenburg ohne direkten Zugang zu Berlin oder Potsdam. In Brandenburg gibt es eine Zweiteilung zwischen den Landkreisen, während die einen sich dynamisch entwickeln (engerer Verflechtungsraum), stagnieren die Landkreise an den oberen und unteren Rändern des Landes.

Die vier kreisfreien Städte liegen mit ihren Haushaltsnettoeinkommen leicht unter dem Brandenburger Landesdurchschnitt mit Ausnahme deutlich geringerer Einkommen in Brandenburg Stadt (2002: 1.432 Euro). Unter der Beachtung der Preisentwicklung gilt auch für Brandenburg: die nominal stagnierenden Einkommen der Haushalte sinken real bei Berücksichtigung der Inflation. Das betrifft insbesondere die Landkreise im äußeren Entwicklungsraum des Landes und die Mehrzahl der kleinen Städte.

6. Bevölkerung mit Niedrigeinkommen im Regionalvergleich

Mehr als jeder vierte Berliner und ein Drittel der Brandenburger Bevölkerung erzielt individuelle Nettoeinkommen unter 700 Euro

Im Jahr 2004 bezogen rund 847 Tausend Berliner (29,6 Prozent der Berliner Bevölkerung mit einem eigenen Einkommen) geringe Einkommen von unter 700 Euro. Die Zahl dieser Personen war von 1992 bis 2001 rückläufig. Ab 2002 ist ein erneutes Ansteigen dieser Personengruppe festzustellen. Besonders auffällig ist, dass auch 16% der Personen, die ein *Erwerbseinkommen* beziehen, nur Niedrigeinkommen bis 700 Euro erhalten (225 Tausend Erwerbstätige).

Die Mehrzahl der rund 850 Tausend Personen mit niedrigen und zum Teil nicht existenzsichernden Einkommen (darunter 448 Tausend Personen unter 500 Euro und 399 Tausend 500-700 Euro) lebt nicht in Ein-Personen-Haushalten. Aber etwa ein Drittel aller Personen mit Nettoeinkommen bis 900 Euro lebt in Ein-Personen-Haushalten, die Mehrzahl davon jedoch mit Nettoeinkommen von 700-900 Euro.

In Berlin anteilig mehr Männer mit niedrigen Einkommen (aus Erwerbsarbeit oder Sozialtransfers) als in den alten Ländern

Obwohl der Anteil an Personen mit niedrigen Einkommen unter 700 Euro in der Bevölkerung im Jahr 2004 in Berlin mit 30% in etwa dem deutschlandweiten Durchschnitt entspricht, unterscheidet sich die Struktur dieses Personenkreises in Berlin erheblich von der Gesamtdeutschlands, insbesondere von der Geschlechterstruktur in den alten Bundesländern. In Berlin gibt es einen deutlich höheren Anteil

Tabelle 7: Anteil an Bevölkerung mit individuellen Niedrigeinkommen nach Region und Geschlecht

Region		Bevölkerung mit eigenem Einkommen	darunter		Insgesamt	darunter	
			männlich	weiblich		männlich	weiblich
		in 1000			in %		
Berlin	gesamt	2.831,6	1.396,8	1.434,8	100,0		
	unter 700	847,2	374,1	473,1	29,9	44,2	55,8
Berlin-Ost	gesamt	1.098,3	543,5	554,8	100,0		
	unter 700	315,0	146,7	168,3	28,7	46,6	53,4
Berlin-West	gesamt	1.733,3	853,4	879,9	100,0		
	unter 700	532,2	227,4	304,9	30,7	42,7	57,3
Brandenburg	gesamt	2.113,0	1.046,4	1.066,6	100,0		
	unter 700	703,3	281,4	421,9	33,3	40,0	60,0
Deutschland	gesamt	60.713,7	30.998,6	29.715,0	100,0		
	unter 700	17.908,7	5.604,7	12.304,0	29,5	31,3	68,7
Früheres Bundesgebiet	gesamt	48.419,4	24.972,0	23.447,4	100,0		
	unter 700	13.758,2	3.991,8	9.766,4	28,4	29,0	71,0
Neue Länder und Berlin Ost	gesamt	12.294,3	6.026,7	6.267,6	100,0		
	unter 700	4.150,5	1.612,9	2.537,6	33,8	38,9	61,1

Quelle: Mikrozensus 2004

Engler HU Berlin

an Männern mit geringen Einkommen bis unter 700 Euro (Anteil an Männern mit geringem Einkommen in Berlin 44%, in Deutschland 31% und in den alten Bundesländern sogar nur 29%).

In Brandenburg lebten 2004 rund 703 Tsd. Personen mit Nettoeinkommen unter 700 Euro. Das waren 33% der einkommensbeziehenden Bevölkerung, also etwas mehr als in Berlin. Der Anteil der Geschlechter an den niedrigen Einkommen, 281 Tausend Männer (40%) und 422 Tausend Frauen (60%), entsprach etwa dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder.

Mit unter 500 Euro netto im Monat lässt sich in Berlin kaum noch ein Haushalt führen

Im Jahr 2004 gab es in Berlin rund 450 Tausend Personen mit individuellen Nettoeinkommen von unter 500 Euro. Diese leben nur zu einem geringen Teil in 1-Personen-Haushalten. So wurden lt. Mikrozensus 2004 nur noch 57 Tausend Haushalte mit Nettoeinkommen von unter 500 Euro registriert, etwa 3% aller Berliner Privathaushalte (1992 waren es noch 172 Tausend). Die Zahl der Haushalte mit Nettoeinkommen von unter 500 Euro ist seit 1991 bis 2004 kontinuierlich gesunken. Haushalte mit Nettoeinkommen von unter 500 Euro sind offenbar auf Dauer in Berlin kaum mehr überlebensfähig. Einkommensarme Haushalte sind in Berlin vor allem Ein-Personen-Haushalte. Sie liegen zurzeit in Berlin mit großer Wahrscheinlichkeit im Einkommensbereich zwischen 500 und 900 Euro.

Die Anzahl der Haushalte zwischen 500 und 900 Euro Nettoeinkommen ist ab 2000 wieder stärker angestiegen. 373 Tausend Berliner Haushalte bezogen 2004 niedrige Haushaltsnettoeinkommen zwischen 500 und 900 Euro.

II. Fazit

Die Verwendung des Mikrozensus für Einkommensanalysen führt, wie diese Studie belegt, trotz gruppierter Daten zu differenzierten und sozialpolitisch verwendbaren Ergebnissen. Für die Analyse der Verteilung von Einkommen in den unteren und mittleren Einkommensgruppen sowie regionale Verteilungen unterhalb der Länderebene ermöglicht er differenzierte Ergebnisse. Bei der Analyse des oberen Einkommenssegments können ebenso tiefer gehende Betrachtungen angestellt werden, da Einkommen bis zu 18 Tausend Euro Netto im Monat erfasst werden und damit der überwiegenden Teil aller Personen mit individuellen Einkommensbezüge in der Bevölkerung abgedeckt wird. Die extrem hohen Einkommen der sogenannten „Einkommensmillionäre“ können auch mit den anderen haushaltsbezogenen Datenerhebungen wie die EVS und das SOEP nicht genauer erfasst werden. Der Mikrozensus liefert also relativ solide Angaben zu den regelmäßigen monatlichen Nettoeinkommen der Haushalte. Eine Einschränkung besteht jedoch für die nicht regelmäßigen Bezüge und Vermögenseinkommen, die im Mikrozensus nicht erfasst werden.

Der vorgelegte Bericht verweist auf eine Reihe relevanter sozial- und arbeitsmarktpolitischer wie auch gewerkschaftspolitischer Fragestellungen. Er stellt für interessierte politische und staatliche Entscheidungsträger detaillierte Informationen bereit und kann eine Reihe von Anregungen geben. Auf einige ausgewählte Aspekte soll im Nachfolgenden verwiesen werden.

Ein zentraler Gegenstand der Analyse waren die Prozesse der *Einkommensangleichung zwischen den alten und neuen Bundesländern* und insbesondere zwischen den östlichen und westlichen Berliner Stadtbezirken. Hier zeigt sich, dass der Angleichungsprozess nach wie vor eine politische Gestaltungsaufgabe ist, die sowohl von den Tarifpartnern mit Blick auf die Erwerbseinkommen wie auch von den sozialpolitischen Entscheidungsträger bezüglich von Transfereinkommen unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit und gleicher Lebensbedingungen – wenn auch längerfristig - zu lösen ist.

Deutlich wird auch, dass die empirischen Befunde auf eine *Polarisierung der Einkommensverteilung* verweisen und sowohl die Niedrigeinkommen als auch die hohen Einkommen anwachsen. Es deutet sich an, dass die im Bericht benannten Problemgruppen (junge Erwerbsfähige ohne Arbeit und Ausbildung, insbesondere junge Erwerbstätige mit Niedrigeinkommen, Arbeitslose und Empfänger von Transferzahlungen, darunter in Städten insbesondere Ein-Personen-Haushalte mit Niedrigeinkommen und Haushalte alleinerziehender Mütter) - bei gleichzeitiger Stagnation der Einkommensentwicklung in den mittleren Einkommensgruppen - sich auf längere Zeit in einer prekären Einkommenssituation befinden. Ihnen bleibt nicht nur die Teilhabe am gesellschaftlichen (materiellen) Reichtum verwehrt, sondern sie erfahren auch soziale Ausgrenzung und mehrfache soziale Benachteiligungen. Marginalisierung am Arbeitsmarkt, gesellschaftliche Isolation, Verschließung von Bildungschancen und politischer Partizipation sind die Folgen.

Ein Reformansatz, der versucht, einen Teil der Gesellschaft zu sichern, indem er die notwendigen Zumutungen einem immer größer werdenden anderen Teil von schon ausgegrenzter Bevölkerung aufbürdet, der polarisiert und spaltet. Hier sollte gesellschaftliche und gewerkschaftliche Strategien ausgleichend gegen offensichtliche tradierte Egoismen einzelner Bevölkerungsgruppen neu justiert

werden. Dies ist nicht nur eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, sondern es beeinflusst zum einen die ökonomische Effizienz der Gesellschaft, und gefährdet zum anderen die gesamtgesellschaftliche Stabilität und demokratische Ordnung als Ganzes.

Einen nicht unwesentlichen Anteil an diesem Prozess der Polarisierung hat unter anderem die Tatsache, dass Einkommenserhöhungen auf den verschiedensten Gebieten in der Regel prozentual erfolgen. Auf diese Weise werden nach wie vor höhere Einkommen absolut stärker gesteigert als geringere und damit wird dem Prozess der Polarisierung weiter Vorschub geleistet. Eine Umstellung dieses Verfahrens auf Einkommenserhöhungen über *absolute Beträge* würde diesen unerwünschten Effekt zumindest stoppen. Über eine stärkere Anhebung der unteren Einkommensgruppen und insbesondere die Bekämpfung von nicht existenzsichernden und sozial nicht geschützten Erwerbsarbeitsplätzen könnte der weiteren Polarisierung sowie der weiteren Ausbreitung von Einkommensarmut sogar entgegen gewirkt werden. Einen wichtigen Schwerpunkt sollten dabei nicht nur Vollzeitstellen sondern die vor allem durch Frauen und Mütter besetzten und überwiegend von diesen ausgeübten Teilzeitstellen bilden.

Niedrigeinkommen und Einkommensarmut werden sowohl durch ungleiche und geringe Bezahlung von Erwerbstätigen und geringe Transferzahlungen (z.B. Sozialhilfe und jetzt ALG II) erzeugt, aber in *zunehmendem Maße auch durch einen ungleich verteilten Zugang zu existenzsichernder und gut bezahlter Vollzeitarbeit* hervorgerufen. Dies verweist auf arbeitsmarktpolitische Fragestellungen, die gegenwärtig die politische Debatte bestimmen, ohne dass eine Lösung in Sicht ist, aber auch auf tarifpolitische Probleme. Während noch große Teile der Stammebelegschaften in großen Unternehmen und der Angestellten im öffentlichen Dienst nach wie vor über gut bezahlt und sozial abgesicherte Erwerbsarbeitsplätze verfügen, erhalten nachrückende junge Erwerbstätige sowie einmal aus dem Erwerbssystem herausgefallene Beschäftigte immer häufiger geringer bezahlte und schlechter sozial abgesicherte Beschäftigungsmöglichkeiten. *Es findet eine sich verfestigende Polarisierung von dauerhaft angestellten Vollzeiterwerbstätigen und Arbeitnehmern in prekären Anstellungsverhältnissen statt.* Während, die einen in Tarifverträgen weitestgehend sozial abgesichert sind, werden die anderen nicht nur schlechter bezahlt, sondern genießen auch - immer häufiger auch gesetzlich sanktioniert – eine deutlich schlechtere soziale Absicherung in Bezug auf die allgemeinen Lebensrisiken wie Arbeitslosigkeit, Alter und neuerdings auch Krankheit. Während die einen tariflich erkämpfte Inflationsausgleichszahlungen erreichen, profitieren die prekär Beschäftigten nur noch teilweise und die auf Sozialtransfers Verwiesenen überhaupt nicht mehr. Sowohl die staatliche Politik des „Umbaus“ sozialer Sicherungssysteme als auch die durch die wirtschaftliche Situation begrenzten tarifpolitischen Handlungsstrategien und –spielräume der Gewerkschaften scheinen zu einer immer stärkeren Polarisierung zwischen den Vollzeitbeschäftigten und den Ausgegrenzten, zu denen keineswegs nur die Arbeitslosen, sondern auch die prekär Beschäftigten gehören, beizutragen. Das betrifft die junge Generation, das betrifft zusätzlich auf den Arbeitsmarkt drängende Frauen, die auf Teilzeitjobs verwiesen werden und das betrifft Ostdeutsche und Migranten. Waren es in der Vergangenheit vor allem Fragen von gleichem Lohn für gleiche Arbeit so stellen sich heute zunehmend die Fragen nach einem gleichberechtigten Zugang zu sozial abgesicherter Vollzeitarbeit

und von eigenständiger Existenzsicherung über Erwerbsarbeit. In diesem Zusammenhang entstehen neue Fragen zum Verhältnis von abgesicherter Vollzeitbeschäftigung zu prekären bzw. sozial ungeschützten Arbeitsverhältnissen. Gesellschaftlich nicht gelöste Probleme der Verteilung von Zugangschancen zu eigenständiger Existenzabsicherung über Erwerbsarbeit und soziale Sicherungsleistungen werden den aus dem Erwerbsprozess Ausgegrenzten von der zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft als privates Risiko zugewiesen.

Angesichts der hohen Nachfrage nach existenzsichernder Erwerbsarbeit als notwendiger Lebensgrundlage in der Bevölkerung erscheint die ausdrückliche Förderung von prekären Arbeitsstellen fragwürdig. Eine solche Arbeitmarktstrategie verstärkt die Polarisierung der Einkommensverhältnisse in Haushalten ebenfalls: diejenigen, die abgesichert sind, können hinzuverdienen, während diejenigen, die existenzsichernde Einkommen benötigen, keine Anstellung finden bzw. auf mehrere, zumeist ungeschützte Teilzeitjobs verwiesen werden. In dem Maße wie die Förderung von Teilzeit-Arbeit und anderen prekären Arbeitsverhältnissen nicht zugleich Existenzsicherung einschließlich Zugang zu sozialen Sicherungssystemen als Anforderungskriterium beinhalten, gefährdet sie nicht nur Vollzeitarbeitsplätze sondern sie nützt insbesondere jenen Bevölkerungskreisen, die lediglich Zuverdienst zu einem sozial abgesicherten und zumeist Vollzeitbeschäftigten im Haushalt suchen. Hier wäre ein Strategiewechsel angezeigt.

Ein Teil, der in der Gesellschaft auftretenden Existenzprobleme sind, wie die Analysen der Haushaltseinkommen zeigen, keineswegs nur Einkommensprobleme *sondern jene Ausgabenprobleme von Haushalten, die durch die immer stärkere Abwälzung steigender fixer Lebenshaltungskosten an die Privathaushalte erzeugt werden.* Während in Haushalten von Vollzeiterwerbstätigen in der Regel noch Reserven zum Auffangen derartiger Kostenerhöhungen existieren und Ausgleichsprozesse über Lohnerhöhungen und andere tarifliche Leistungen erfolgen, sind diese Spielräume in den unteren Einkommensgruppen oder bei unfreiwillig in prekären Erwerbsverhältnissen lebenden Bevölkerungsteilen sowie vor allem bei den auf Sozialtransfers angewiesenen Sozialhilfeempfänger (und nunmehr auch die Arbeitslosengeld II-Empfänger) nicht mehr gegeben. Für Haushalte, die vom Erwerbsprozess ausgeschlossen sind, finden diese Ausgleichsprozesse nicht mehr statt. Dennoch müssen auch diese Haushalte mit nicht adäquater Entwicklung der Einnahmen dieselben Lasten für den Erhalt ihrer Haushalte tragen. Die ohnehin knapp bemessene Ausgestaltung der Sozialtransfers reicht nicht aus, um die steigenden Belastungen durch die fixen Lebenshaltungskosten abzufangen. Insbesondere in Ein-Personen-Haushalten lebende Bevölkerung, wie sie verstärkt in Großstädten lebt, ist gefährdet.

Die Beurteilung der Lage von Ein-Personen-Haushalten sollte je nach Lebensaltersphase differenziert erfolgen: Jüngere mobilere Personen können sich weiterbilden, eine Erwerbsarbeit finden, vorübergehend Wohngemeinschaften bilden, Familienhaushalte gründen und so ihre Lage verbessern. Ältere, alleinlebende Personen in der postfamilialen Phase haben deutlich ungünstigere Chancen sowohl auf dem Erwerbsarbeitsmarkt, als auch bei einer verspäteten oder erneuten Familiengründung und sofern sie über keine oder nur geringe Ersparnisse verfügen (insbesondere bei älteren Frauen), werden sie unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen einschließlich der sozialstaatlichen Ausgleichsbemühungen schon im Vorrentenalter an

den Rand der Gesellschaft gedrängt. Hier sind gezielt zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen bzw. wären erhöhte Sozialtransfers notwendig.

Die im vorgelegten Einkommensreport herausgearbeiteten *regionalen Differenzierungen* verweisen darauf, dass sozialpolitische Entscheidungen, die auf der Basis der Verhältnisse in den alten Bundesländern getroffen werden, nur ungenügend die Verhältnisse in den ostdeutschen Ländern und die Besonderheiten der ökonomische Lage großer Teile der Bevölkerung in Berlin (West- und Ostberlin) berücksichtigen. Die Anfang der 1990er Jahre sukzessiv abgebaute Berlinzulage für Westberlin, bei gleichzeitigem Abbau von Vollzeit-Erwerbsarbeitsplätzen, der Umbau von Vollzeit-Arbeitsplätzen in immer mehr prekäre und nicht existenzsichernde Arbeitsplätze sowie die Abwanderung einkommensstarker Familien in das umliegende Brandenburg haben dazu geführt, dass sich die Einkommenssituation der Berliner Privathaushalte im Vergleich zu den alten Bundesländern unverhältnismäßig verschlechtert hat. Auch der wirtschaftspolitisch angestrebte Umbau des Berliner Wirtschaftsraumes in eine „Dienstleistungsgesellschaft“ hat trotz Regierungsumzug nicht die Anzahl von existenzsichernden Arbeitsplätzen erbracht, die notwendig gewesen wären, um die hohe Zahl von freigesetzten Arbeitnehmern aufzufangen. Besonders am Beispiel Berlins wird daher deutlich, dass die Situation in Städten aufgrund der Beschäftigtenstrukturen, der demografischen Zusammensetzung und der Haushaltsgrößen nicht vergleichbar ist mit Erkenntnissen, die in regionalen Flächenländern gewonnen wurden. Zum einen hat die Bevölkerung von Stadtstaaten wie auch Hamburg und Bremen generell eine andere Lebensweise als in Flächenländern. Das drückt sich unter anderem in der erhöhten Zahl von Ein-Personen-Haushalten aus. Die Einkommensarmut in der Stadt ist nur zum geringeren Teil das Problem großer Familien mit vielen Kindern, sondern in der Mehrzahl der Fälle ein Problem von Ein-Personen-Haushalten und Alleinerziehenden mit überwiegend einem Kind. Zudem ziehen Großstädte Personen an, die ihre Lebenschancen verbessern wollen. Auch in Berlin leben zahlreiche Menschen, die in ihren Herkunftsregionen keine Erwerbsmöglichkeiten gefunden haben. Insofern sind die verstärkt in großstädtischen Ballungsgebieten auftretenden sozialen Probleme, *Probleme des gesamten Landes, die einerseits als solche gesellschaftspolitisch bearbeitet werden müssen* und andererseits aber auch besonderer regionalpolitischer Aufmerksamkeit bedürfen.

Nicht zuletzt sei auf den Aspekt der *Geschlechtergerechtigkeit* verwiesen. Im Bericht wurde ein erneutes Mal gezeigt, dass bezüglich der Einkommen von Männern und Frauen noch deutliche soziale Ungleichheiten bestehen, die tendenziell eher zunehmen können. Von einer Einkommensangleichung zwischen den Geschlechtern kann trotz gesteigener Erwerbsbeteiligung der Frauen und dem Festhalten der ostdeutschen Frauen am in der Vergangenheit gelebten Erwerbsmodell kann den Ergebnissen des Berichts zu Folge nicht die Rede sein. In dem Maße wie Frauen ihre Existenzabsicherung nicht mehr über lebenslange Arbeitsteilung innerhalb der Ehe und Familie abgesichert wissen, sind sie zudem in stärkerem Maße gezwungen sich eine eigenständige Existenzabsicherung durch Erwerbstätigkeit aufzubauen. Der Zugang zu existenzsichernden Vollzeittätigkeiten ist allerdings ebenso wenig gesichert wie eine öffentliche Kinderbetreuung. Die Verweisung von Frauen auf Teilzeit-Arbeit und andere prekäre Arbeitsverhältnisse, die nicht zugleich eine eigenständige Existenzsicherung einschließlich des Zugang zu sozialen Sicherungssystemen

garantieren, verfestigt soziale Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern und erzwingt bzw. restituiert zudem ökonomische Abhängigkeiten. In dem Maße wie Gesellschaft akzeptiert, dass ihr Überleben von den reproduktiven Verhaltensweisen der Frauen abhängt, sind Mütter mit Kindern zu unterstützen und zu schützen. Die derzeit verstärkt beklagte Kinderarmut ist maskierte Mütterarmut. Die niedrigen Geburtenraten in großen Teilen der jungen Bevölkerung sind nicht zuletzt das Ergebnis unzureichender gesellschaftlicher Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienorientierung.

Zusammenfassend ist unter dem Aspekt der Herstellung von Einkommensgerechtigkeit und der Bekämpfung von Einkommensarmut auf folgende Schwerpunkte zu verweisen:

1. Die Angleichung von Löhnen und Gehältern zwischen den Vollzeitbeschäftigten Erwerbstätigen, sowohl bezüglich der Einkommensgerechtigkeit zwischen Frauen und Männern als auch zwischen alten und neuen Bundesländern.
2. Den gerechteren Zugang zur Vollzeittätigkeit sowie existenzsichernder und versicherungspflichtiger Teilzeitbeschäftigung für alle sowie die Bekämpfung von Gruppenegoismen zwischen festangestellten Stammbeschäftigten und befristet eingestellten, gering bezahlten und sozial ungeschützten Beschäftigten und Arbeitslosen.
3. Die existenzsichernde Ausgestaltung von Sozialtransfers und die Schaffung von zusätzlichen Erwerbsarbeitsplätzen für jene Bevölkerungsschichten, die unfreiwillig und ohne eigene Schuld aus dem Erwerbsarbeitsprozess herausgefallen sind.

Abschließend ist darauf zu verweisen, dass der Report insofern eine Begrenzung erfährt, als er sich ausschließlich mit den Einnahmen, nicht jedoch mit den Ausgaben von Haushalten befasst. Obwohl mit Hilfe dieser und anderer differenzierter *Einkommensanalysen* ein notwendiger Überblick über die Verteilung der regelmäßigen Einnahmen von sozialen Gruppen und damit auch einen wesentlichen, wenn auch begrenzten Einblick über die Verteilung von Lebenschancen in unterschiedlichen Bevölkerungsschichten erlangt werden kann, können die derzeitigen Arbeiten keinen direkten Zusammenhang von geringem Einkommen und Armut (von Privathaushalten) herstellen. Dafür sind zwei Gründe maßgeblich:

- a) zum einen werden geringe Einkommen im Haushaltszusammenhang modifiziert und
- b) zum anderen fehlt der Bezug zu den in Haushalten zu leistenden unabdingbaren regelmäßigen Ausgaben, den notwendigen fixen Lebenshaltungskosten.

Die Analyse von Einkommensarmut als ein wesentlicher Bestandteil der Einkommens- und Armutsberichterstattung auf der Basis der Berechnung von *relativen Armutsgrenzen* auf rein statistischer Basis (50% bzw. 60% des Medians des Nettoäquivalenzeinkommens) ist zwar als Grundlage für eine vergleichende Gerechtigkeitsforschung in Regionen geeignet. Sie weist jedoch hinsichtlich der Beurteilung der realen Lebenslage der Bevölkerung unter dem Aspekt der Existenzsicherung von Haushalten und Personen wegen ihres mangelnden Bezuges zu den Ausgaben von Haushalten (insbesondere wegen der fehlenden Analyse von notwendigen fixen Lebenshaltungskosten) *erhebliche Defizite* auf. Einkommensanalysen für Fragestellungen der praktischen Sozialpolitik sollten daher unbedingt durch eine *Ausgabenanalyse der unabdingbaren*

fixen Lebenshaltungskosten ergänzt werden. Dies ist auch deshalb von Bedeutung, weil die bisher als relative Armutsgrenzen berechneten Grenzwerte (Armutsriskogrenzen) wegen dieses fehlenden Bezugs eine reale Einschätzung der tatsächlichen Lebenslage dieser Haushalte nicht ermöglicht. Eine direkte Übertragung dieser prozentantilig ermittelten Armutsgrenzen auf sozialpolitische Entscheidungsprozesse sollte daher vermieden werden.

Anhang

Inhaltsverzeichnis des Forschungsbericht (Vollversion)

I. Fragestellungen und methodische Ausgangspositionen

1.	Ausgangspunkte und Forschungsfragen	12
1.1.	Beschreibung des Problemfeldes	
1.2.	Zielsetzung des Projektes	13
1.3.	Aufbau des Berichtes	16
2.	Stammdaten und Methoden	18
2.1.	Verwendete Datenstämme	18
2.2.	Ausgangsdaten Mikrozensus	20
2.3.	Arithmetisches Mittel versus Median	21
	Vorgehensweise sowie Begrenzungen, Probleme und Schwierigkeiten im Umgang mit dem Datenmaterial während der Analyse	23
3.	Zusammenfassung der Ergebnisse	30

II. Empirische Ergebnisse

	41
4. Einkommensverhältnisse in Berlin und Brandenburg im Verhältnis zum bundesrepublikanischen Durchschnitt	41
4.1. Haushaltsnettoeinkommen	41
4.1.1. In Deutschland	
4.1.1.1. Einkommensverteilung in Ost- und Westdeutschland	
4.1.1.2. Entwicklung im Zeitraum von 1991 bis 2001	43
4.1.2. Haushaltseinkommen im Vergleich der Bundesländer	46
4.1.3. Mittleres Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich der Bundesländer	47
Haushaltsnettoeinkommen im Vergleich von Berlin und Brandenburg	50
4.1.4.1. Verteilung des Haushaltsnettoeinkommen in Berlin und Brandenburg	51
4.1.4.2. Vergleich der Pro-Kopf-Einkommen von Berlin und Brandenburg	51
4.2. Individuelle Nettoeinkommen der Erwerbstätigen	
4.2.1. In Deutschland	52
4.2.2. Im Vergleich der Bundesländer	54
4.2.3. Im Vergleich von Berlin und Brandenburg	53
5. Angleichung individueller Nettoeinkommen erwerbstätiger Männer und Frauen	57
5.1. Vergleich in Deutschland, nach Ost- und Westdeutschland und nach den Bundesländern	57
5.2. Verteilung der Einkommen der Frauen und Männern in den alten und neuen Bundesländern	61
5.3. Erwerbstätige Frauen und Männer im Vergleich von Berlin und Brandenburg	61 65
5.4. Erwerbstätige Frauen und Männer in Brandenburg	
5.5. Vollzeit- und Teilzeitarbeit - Verteilung von Arbeit und Einkommen unter Männer und Frauen	66 66
5.5.1. Verteilung der Voll- und Teilzeitarbeit	67
5.5.2. Gründe für Teilzeitarbeit	
5.5.3. Erwerbseinkommen von Männer und Frauen in Vollzeit und Teilzeit am Beispiel von Berlin	70
5. Einkommen in Berlin	74
	74
6.1. Haushaltsnettoeinkommen	74
6.1.1. Entwicklung in Berlin gesamt	75

6.1.2.	Entwicklung in den Berliner Bezirken (alte Bezirksstruktur)	83
6.1.2.1.	Haushalte mit unteren Einkommen	89
6.1.2.2	Haushalte mit oberen Einkommen	
6.1.2.3	Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen nach Einkommensgruppen in ausgewählten Berliner Bezirken	91
6.1.2.4	Vergleich der Bezirke mit Hilfe der Pro-Kopf-Einkommen und der Äquivalenzeinkommen	94 95
6.2.	Individuelle Nettoeinkommen der Bevölkerung	96
6.2.1.	Entwicklung der individuellen Nettoeinkommen der Bevölkerung	97
6.2.2.	Struktur der individuellen Nettoeinkommen der Bevölkerung	97
6.2.2.1	Bevölkerung ohne Einkommen	
6.2.2.2.	Bevölkerung mit einem eigenen individuellen Nettoeinkommen	99
6.2.3.	Individuellen Nettoeinkommen der Bevölkerung nach der Quelle für den überwiegenden Lebensunterhalt	108
6.2.3.2.	Struktur der Bevölkerung nach dem Lebensunterhalt	109
6.2.3.3.	Individuelle Nettoeinkommen der Bevölkerung nach dem Lebensunterhalt	112
7.	Einkommen in Brandenburg	120
		120
7.1.	Haushaltsnettoeinkommen	120
7.1.1.	Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens	121
7.1.2.	Verteilung der Haushaltsnettoeinkommen	124
7.1.3.	Haushaltsnettoeinkommen in den Regionen Brandenburgs	
7.1.4.	Struktur nach Einkommensgruppen in städtischen und ländlichen Regionen	127 127
7.1.4.1.	Haushalte mit geringen Haushaltsnettoeinkommen	130
7.1.4.2.	Haushalte mit oberen Haushaltsnettoeinkommen	
7.1.5.	Vergleich der Brandenburger Landkreise mit Hilfe von Pro-Kopf-Einkommen	132 135
7.2.	Individuelle Nettoeinkommen der Bevölkerung	135
7.2.1.	Entwicklung des individuellen Nettoeinkommens der Bevölkerung	
7.2.2.	Struktur des individuellen Nettoeinkommens der Bevölkerung	136
7.2.3.	Individuelle Nettoeinkommen der Bevölkerung nach dem Alter und Geschlecht	137
7.2.4.	Individuelles Nettoeinkommen der Bevölkerung nach Einkommensgruppen	138 138
7.2.4.1.	Individuelles Nettoeinkommen – untere Einkommensgruppen	
7.2.4.2.	Individuelles Nettoeinkommen – obere Einkommensgruppen	140
7.2.5.	Nettoeinkommen der Erwerbstätigen	143
7.2.5.1.	Entwicklung des Nettoerwerbseinkommen	143

7.2.5.2	Struktur der Erwerbseinkommen nach dem Geschlecht	144
7.2.5.3	Erwerbseinkommen in den kreisfreien Städten und Landkreisen Brandenburgs	145
8.	Entwicklung der Haushaltsnettoeinkommen nominal und inflationsbereinigt	149
<i>III.</i>	<i>Fazit</i>	154
	Literatur- und Quellenverzeichnis	160
